

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Dentsch, Dorsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Känge, Köhler, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Thronen usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Vertraulich wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2jährlich Mk. 9.—,
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezücker
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg., 4spaltige
Zeile Mk. 1.50, Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
früher noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. —
Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Falt, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 96

Sonntag, den 14. August 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Brot- und Mehlpreise ab 16. August 1921.

Infolge Erhöhung der Preise für Weizenmehl sind nach Gehör
des Bezirksausschusses vom 16. August 1921 ab die folgenden Preise
festgesetzt worden:

475 g Schwarzbrot	1,65 Mk.
1900 g Schwarzbrot	6,50 Mk.
70 g Weizenmehl (1 Semmel)	0,30 Mk.
300 g Weizenmehl im Kleinhandel	1,45 Mk.
300 g Roggenmehl im Kleinhandel	1,40 Mk.

Diese Preise sind Höchstpreise.
Streckungsmittel dürfen bei Herstellung von Backwaren nicht
mehr verwendet werden.

Zum Überhandnehmen werden nach § 49 des Gesetzes über die
Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (Reichs-
gesetzblatt Seite 737 ff.) mit Geldstrafe bis zu 1 Jahre und mit
Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.
Grimma, 12. August 1921. 1676 Getr.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

In der gestrigen 15. diesjährigen Sitzung des Stadt-
gemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Das Gesuch des Herrn Kaufmann Christian Holzwarth
um Errichtung eines Autoschuppens im Grundstück Waldstr. 5
wurde bedingungsweise befürwortet.
2. Von einer Einladung der Sanitätskolonne vom Roten
Kreuz zu der Verteilung von Urkunden und Abzeichen anläß-
lich eines Rettungsschwimmens nahm man Kenntnis.
3. Von dem Ergebnis einer Prüfung der Sparkassen-
bestände nahm man Kenntnis.
4. Der **Stadtbürgerverein** befürwortet einen von den An-
liegern der Straße A zu stellenden Antrag auf Streichung dieser
Straße. Den Anliegern soll die Einreichung eines formgerechten
Antrags anheim gegeben werden.
5. Von dem Berichte über die Hauptversammlung des Bau-
versicherungsverbandes sächsischer Gemeinden in Dresden
nahm man Kenntnis.
6. Von einer Einladung des Turnvereins (D. T.) zu
seinem am 14. d. M. stattfindenden Stiftungsfeste nahm man
Kenntnis.
7. Gegen die Herstellung einer unterirdischen Telegraphen-
linie in Naunhof und zwar in der Brandiser Straße und Leipziger
Straße sind Einwendungen nicht zu erheben.
8. Von einer Anzeige über Beschädigung einer Anzahl
Straßenbäume in der Leipziger Straße und einer in der Sache
hierher gelangten Zuschrift der Versicherungsgesellschaft „Nord-
stern“ nahm man Kenntnis. Der hiesige Anspruch soll aufrecht
erhalten werden.
9. Auf Gesuch um Erhöhung der Miete für einen Kar-
toffelkeller wurde beschlossen, den bisherigen Satz von 50 Mk.
bis 31. März 1921 zu zahlen.
10. Einstimmig wurde beschlossen, das Gesuch der Gemeinde-
arbeiter von Naunhof um Verleihung der Stadt Naunhof aus
der Drisklasse B in die Drisklasse A im zustimmenden Sinne
weiter zu behandeln.
11. Die Zahlung des Gemeindeanteils für Beschäftigung
Naunhofer Erwerbsloser bei einem Wegebau in der Gemeinde
Stauditz soll erfolgen.
12. Wegen Beschaffung der Ehrenfahnen für die gefallenen
und vermißten Naunhofer Krieger wurde beschlossen, zunächst
den Platz auszusuchen.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 12. August 1921. Der Stadtgemeinderat.

Erhebung über Wohnungsverhältnisse.

Es ist eine Erhebung über die hiesigen Wohnungsver-
hältnisse auf Anordnung des Bezirksverbandes der Amtshaupt-
mannschaft durch Ausfüllung von Fragebogen durchzuführen.

Alle Wohnungsinhaber sind zu deren genauen und rich-
tigen Ausfüllung binnen einer Woche nach Aushändigung ver-
pflichtet. Im Zuwiderhandlungsfalle kann Geldstrafe bis zu
150 Mk., im Nichteinbringungsfall entsprechende Haftstrafe
verhängt werden.

Die Fragebogen werden durch einen Wohnungsausschuß
besonders nachgeprüft.

Die ausgehändigten Fragebogen sind bis 20. August 1921
an die Gemeindebehörde und zwar im Meldeamt des Rathauses,
Zimmer 11, ausgefüllt zurückzugeben.
Naunhof, am 12. August 1921. Der Bürgermeister.

Maschinenschreiberin

geht, bewandert in der Kurzschrift, wird hier sofort gesucht.
Befolgung nach Alter und Leistungen. Gesuche werden sofort
erzelen.

Stadtgemeinderat Naunhof.

Eingegangen sind:

**Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Stadt
S bis 14 vom Jahre 1921,**

Reichsgesetzblatt Nr. 48 bis 66.

Sie liegen 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rat-
hause, Zimmer 8, Kanzlei, aus.

Auf die an der Rathausfahle im Rathausdurchgange aus-
hängende Bekanntmachung wird besonders hingewiesen.

Naunhof, am 12. August 1921. Der Bürgermeister.

Der Firma Petrich & Kopsch hier ist die Genehmigung
erteilt worden, in dem an der Ammelshainer Straße gelegenen
Gartengrundstück, Flurstücke Nr. 538, 539, 540 und 541 des
Flurbuchs für Naunhof, Fußangeln zu legen.
Naunhof, am 13. August 1921. Der Bürgermeister.

Die Staatsgrundsteuer auf den 1. Termin des Rechnungs-
jahres 1921, welche nach 10 Pfg. je Einheit erhoben wird, ist
am 1. August fällig und bis spätestens

den 21. August d. J.

an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme zu zahlen.

Naunhof, am 29. Juli 1921. Der Stadtrat.

Schlusssdienst.

Drachnachrichten vom 18. August.

Vermögensbeschlagnahme in Cuxen-Ralmedy.

Nachdem im Amtsblatt für Cuxen-Ralmedy wird ein
Erlaß veröffentlicht, demzufolge alle Güter, Rechte und An-
teile derjenigen deutschen Staatsbürger, die am 10. Januar
1921 in Cuxen-Ralmedy keinen Wohnsitz hatten, zu beschlag-
nahmen sind.

Polnische Einmarschpläne.

Rattowitz. Wie es heißt, wird es jetzt keinesfalls zu einer
Wiederholung des dritten Aufstandes etwa in der Form
kommen, daß die Infanterien in Oberschlesien losbrechen und
nur wieder durch Vorgehen, wenn auch zahlreiche reguläre
polnische Truppen unterstützt werden. Die Ernüchterung der
polnischen Arbeiterklasse ist zu groß wegen der schweren wirt-
schaftlichen Schädigungen, die der letzte Aufstand gerade für
die Arbeiterklasse bedeutete. Daher ist mit einer Beteiligung
der Infanterien nur zu rechnen, wenn die polnische Ar-
mee eingerückt ist. Da man in polnischen Kreisen jenseit der
Grenze angeblich darüber klar ist, daß den polnischen Wünschen
auf Oberschlesien nach den bisherigen Pariser Verhandlungen
nicht entsprochen werden dürfte, will man sich einfach mit Ge-
walt halten, was man auf andere Weise nicht erlangen kann.
Die polnischen Soldaten an der Grenze zucken schon Tag über
die Grenze hinweg, daß sie spätestens am Sonntag in
Oberschlesien einmarschieren werden.

Der Streit um die Befragungskosten.

Paris. Auf der Konferenz der alliierten Finanzminister,
welche die Verteilung der Befragungskosten im Rheinland be-
sprechen, ist eine Spannung zwischen Belgien und England
entstanden, weil man sich nicht einig wurde, wie die Entschädi-
gungen, welche die einzelnen Regierungen fordern, nach dem
heutigen Stand der Valuta zu verrechnen sind. England rech-
net nach englischer Währung, so daß es die höchsten Summen
pro Kopf erhielt. Da Belgien schon auf Grund früherer Be-
schlüsse bedeutende Summen zugewiesen sind, ist zurzeit kein
Geld mehr vorhanden, um Englands Forderungen zu be-
freien. Wenn die anderen Staaten ebenfalls die englische
Währung annehmen wollen, dann müßte Deutschland im
Rahmenbild an England noch 7 Millionen Gold nachzahlen,
ohne die Summen, die dann Frankreich verlangt.

Der Völkerverbund soll ein Gutachten abgeben.

Paris. Der Oberste Rat hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Völkerverbund um ein Gutachten über die Grenz-
linie in Oberschlesien zu bitten. In Anbetracht der Lage wird
der Völkerverbund gebeten, dieses Verlangen als äußerst
dringend zu betrachten.

Daraus geht hervor, daß der Oberste Rat sich die letzte
Entscheidung noch vorbehält, wohl aber den Völkerverbund
in Bewegung setzt, um einestheils Zeit zu gewinnen, andernteils
auch eine Möglichkeit zu finden, einen Teil der eigenen Ver-
antwortung von sich abzuschieben.

Die Kriegsschuldigen. — Die Sanktionen.

Paris. Der Oberste Rat beschloß, in der Frage der Ab-
urteilung der Kriegsschuldigen, die Behörden der
beteiligten Länder, die in Leipzig den Prozessen vor dem
Reichsgericht beizutreten, zu ersuchen, daß sie Vorwürfe
machen über die Haltung, die in dieser Frage einzunehmen sei.
— Zunächst will sich der Oberste Rat jedoch mit der Frage der
Sanktionen beschäftigen.

Die Finanzministerkonferenz.

Paris. Die Finanzministerkonferenz hat keine großen Fortschritte
gemacht. Man hat sich weder über die Frage der Befragung-
truppen, noch über die beteiligten Schulden, noch über die
Preise der auf dem Seewege beförderten Kohle, noch auch über
das Abkommen Rathenau-Loucheur, welches der Konferenz
vorgelegt wurde, einigen können.

Englische Erfolge in Rußland.

London. Die englischen Verhandlungen mit Moskau über
die Wiedereinsetzung der früheren englischen Vertreter von sibi-
rischen Bergwerken haben dazu geführt, daß der Vorstoß
der russisch-asiatischen Gesellschaft sich nach Moskau begeben
wird, um dort auf Einladung der Sowjetregierung die letzten
Formalitäten für diesen Vertrag zu erledigen. Das in Frage
kommende Eigentum besteht aus 2 500 000 Ackerland und 500
englischen Meilen Eisenbahn. Die Bergwerke dort liefern

Gold, Kupfer, Zinn, Silber und Platin. Ihr Wert repräsen-
tiert an hundert Millionen Pfund Sterling.

Das russische Petroleum.

London. Die englische Regierung hat Verhandlungen mit
der Sowjetregierung aufgenommen, um bedeutende Petroleum-
interessen in Rußland für England zu gewinnen. England will
die Sowjetregierung jedoch in die Lage versetzen, die früheren
Eigentümer, die sich größtenteils in Paris aufhalten, abfinden
zu können. Die jetzigen Verhandlungen betreffen den größten
Teil der Petroleumfelder in Ost- sowie große Felder in der
Küste, die noch nicht erschlossen sind.

Beschlagnahmtes deutsches Eigentum für Befragungskosten.

New York. Der amerikanische Vertreter in der alliierten
Finanzkommission in Paris hat der Regierung in Washington
mitgeteilt, daß die Alliierten die amerikanischen Ansprüche, die
Kosten für die Befragungstruppe am Rhein ersetzt zu erhalten,
zurückgewiesen hätten. Er rät daher seiner Regierung, die
deutschen fequestrierten Vermögenswerte in Höhe von einer
Milliarde Mark zu verkaufen, um sich auf diese Weise schadlos
zu halten. — Die Befolgung dieses Ratschlages würde im
höchsten Gegenstand zu der anscheinend angebahnten Verhand-
lung zwischen Amerika und Deutschland über die Freigabe des
beschlagnahmten Eigentums stehen.

Völkerverbund, hilf!

Die Verhandlungen in Paris haben mit einer großen
Überraschung ihr vorläufiges Ende gefunden. Die Gegen-
sätze zwischen der englischen und der französischen Auf-
fassung haben sich entgegen allen Erwartungen doch nicht
überbrücken lassen. Einen Augenblick lang schien es, als
sei ein Bruch unvermeidlich. Bereits war der Ton der
Pariser Presse gegen Lloyd George auf äußerste erregt
worden. Da hat man in letzter Stunde an Stelle einer
wirklichen Lösung der Frage einen Ausweg gesucht und
auch gefunden, allerdings einen Ausweg, der sowohl für
die zur Entscheidung berufenen Mächte, die sich damit der
eigenen Verantwortung entziehen, eine Blamage ist, als
auch für Deutschland, und besonders für das unglückliche
Oberschlesien selbst, denkbar ungünstige Ausichten eröffnet.
Die letzte Nachricht aus Paris lautet: Die Oberschlesische
Frage wird durch ein Kompromiß geregelt. Man ist
übereingekommen, die Angelegenheit auf Grund von Ar-
tikeln 11 und 12 des Völkerverbundes dem Völkerverbund
zu überweisen.

Dieser Kompromiß ist von allen möglichen Lösungen
die schwächste und zugleich bedenklichste, wenn man ein-
mal als selbstverständlich annimmt, daß eine Zuteilung
wesentlicher Städte des Industriegebietes in Paris nach
dem Stande der Verhandlungen unmöglich beschloffen
werden konnte. Einmal bedeutet dieser Ausweg eine wei-
tere Verschleppung der ganzen Frage auf zunächst unab-
sehbare Frist, und damit ist einer der wesentlichen Wän-
sche der Franzosen erfüllt, die ihren polnischen Freunden
soviel wie möglich Zeit zur „Bearbeitung“ des ober-
schlesischen Landes und Volkes lassen wollen. Die Unsicherheit
bleibt also zunächst auch weiterhin bestehen und kann in
Oberschlesien selbst nur eine tiefe Enttäuschung zur Folge
haben. Dann aber fragt man sich, welche Ausichten für
die Lösung der Frage vor dem Völkerverbund bestehen?
Ganz abgesehen davon, daß Deutschland diesem Bun-
de nicht angehört und daß diese ganze Einrichtung überhaupt
keinen Anspruch darauf erheben kann eine wirkliche un-
parteiische, überparteiliche Instanz zur Entscheidung inter-
nationaler Fragen zu sein, hat der Völkerverbund bisher
noch keinerlei Leistungen aufzuweisen, die ihn berechtigten
könnten, in einem so hervorragend wichtigen Falle seine
Stimme hören zu lassen. Die Bedeutung dieser über-
flüssigen und aus den Reihen der Entente selbst oft mit
abweisender Ironie behandelten Korporation ist im Laufe
der kurzen Zeit ihres Bestehens immer mehr gesunken. In
einzelnen Fällen, es sei nur an die Mandatsfrage erinnert,
hat die Rechtsprechung dieses internationalen Tribunals
völlig versagt, und nun soll die gleiche Stelle zum Schieds-
richter in der brennendsten Lebensfrage Deutschlands, ja
Europas, berufen werden.

Diesen üblichen Verlegenheitsbeschlüssen des Obersten
Rates, der damit auf seine Vorrechte als „oberster“ Rat
gewissermaßen verzichtet, kann man selbstverständlich nicht
als die wirklich endgültige Lösung des ober-
schlesischen Problems ansprechen. Wer ist denn dieser Völkerverbund,
und wessen Stimme spricht denn aus ihm, wenn er wirklich
eines Tages zu einem Spruch über Oberschlesien kommen
sollte? Es sind doch nur die gleichen Staaten, deren Führer
jetzt in Paris angefleht der Notwendigkeit einer selbstän-
digen Entscheidung versagt haben. Allerdings sind noch
eine Reihe anderer Staaten im Völkerverbund vertreten, aber
die wirkliche Entscheidung wird nicht durch die Menge der
Stimmen der Kleinen, auch zumest uninteressierten Staaten
getroffen, sondern letzten Endes doch wieder von den
gleichen Mächten, die jetzt zu keiner Einigung kommen
konnten. Nur wird alles in eine unklarere verschwommene
Atmosphäre hineingeworfen, in der sich die unterirdischen
politischen Rachenkämpfe zwischen Paris und Warschau
leichter verbergen und durchsehen lassen, als es bisher der
Fall gewesen sein mag. Und wenn schon in Paris unter
drei Männern keine klare Lösung gefunden werden konnte,
wie soll ein so ungeheurer schwieriger Problem von dem
schwierigsten Apparat des Völkerverbundes bewältigt
werden?

Man sieht schon heute den Tag voraus, an dem die

Wichtig!

August
erkei

ge der kolos-
Länge die-
Films an
im Abend
einmalige
führung.

Einlaß:
8 Uhr.
Anfang:
8 Uhr.
zwischen
Konzert.

Gefangenenverein

end pünktlich
gestunde
bei der Verle.
Perche trillert.
Geppel jobell.
e, Jumbo ist da.
w. Räbrzahl.

Einigkeit.

pünktlich 8 Uhr
mmlung
D. B.

Milch

bl ab
Badergasse 2.
re führen
ripren
hgeben
Oststraße.

Haare

entfernt schmerz-
han". Zu haben bei
elberg, Drog.